

RUDOLF MUHR

VON DER OHNMACHT DER WÖRTER UND DER MACHT DER WERTUNGEN THEORETISCHE GRUNDLAGEN POLITISCHER KOMMUNIKATION IN DEMOKRATISCHEN SYSTEMEN

1. *Politische Kommunikation vs. politische Sprache*

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit den Rahmenbedingungen politischer Kommunikation in demokratischen Systemen und hat darüber hinaus das Ziel, aufzuzeigen, daß das System der parlamentarischen Demokratie durch eine Reihe kommunikativer Paradoxa gekennzeichnet ist.

Von einem pragmlinguistischen Ansatz ausgehend, werde ich versuchen, die kommunikationstheoretischen Grundlagen *politischen Handelns* in parlamentarischen Demokratien zu *beschreiben*. Das bedeutet vorerst ein Abgehen vom Begriff "politische Sprache", weil er mir zu eingeschränkt und in einem gewissen Sinne sogar irreführend erscheint; reduziert er die Politik terminologisch doch auf die dabei verwendete Sprache und klammert den wesentlichsten Aspekt, den der Kommunikation, aus. Es ist wohl keine besonders neue Erkenntnis, daß politisches Handeln sowohl auf Sprache, als auch auf Sprechen angewiesen ist und beide zusammen nicht von den gesellschaftlichen und strukturellen Rahmenbedingungen der Kommunikation getrennt werden können. Sind sie doch sowohl für Form als auch für Inhalt des politischen Handelns bestimmend. Die Beschäftigung mit dem Phänomen "Sprache der Politik" muß daher zuerst die pragmatischen Rahmenbedingungen des jeweiligen politischen Systems, darauf aufbauend die diversen Kommunikationsereignisse und erst in letzter Instanz die sprachlichen Mittel dieser Kommunikation beschreiben. Unter diesen Voraussetzungen ist die "politische Sprache" nicht der Ausgangspunkt der Beschreibung, sondern der Schlußpunkt. Im Mittelpunkt steht das politische Kommunikationsereignis und der Kontext in dem es stattgefunden hat. Eine weitere Konsequenz dieses Heran gehens ist, daß der einzelne politisch handelnde *Sprecher* in den Mittelpunkt der Analyse gestellt wird und seine sprachlichen Äußerungen als Ausdruck seiner jeweiligen gesellschaftlichen Interessen und politischen Intentionen betrachtet werden können.

Der Unterschied zwischen alltäglicher und politischer Kommunikation ist so betrachtet gering und nicht prinzipieller, sondern lediglich inhaltlicher Natur, da in beiden Fällen versucht wird, mit dem Kommunikationspartner in Hinblick auf bestimmte Ziele und Absichten Verständigung zu erreichen und bestimmte Handlungsziele zu verwirklichen. Im Falle politischer Kommunikation sind dies eben politische Absichten, die die einzelnen politischen Akteure zu übermitteln versuchen. Dabei geht es vor allem darum, die Standpunkte möglichst überzeugend darzustellen und in weiterer Konsequenz möglichst viel Zustimmung (Wähler) zu gewinnen. Politische Kommunikation ist daher vor allem zweckgebunden, zielorientiert und persuasiv-wertend. Ist sie dies nicht, erreicht sie weder den einzelnen

Bürger und über dessen Zuspruch auch nicht die notwendige Legitimation und Verfügungsgewalt über die Legislative.

So betrachtet, ist weder das Machtstreben der politischen Parteien, noch das einzelner Politiker verwerflich. Denn nur das Erreichen von Verfügungsgewalt erlaubt auch das Verwirklichen politischer Ziele. Auch ist keine politische Absicht von vornherein negativ oder positiv. Sie wird es erst im Kontext einer gegebenen Gesellschaft, vor dem Hintergrund allgemeingültiger Normen wie den Menschenrechten und im Kontext der Absichten der anderen politischen Mitspieler. Ich glaube, daß mit einem solchen Herangehen die unterschwellige a priori-(Negativ-) Bewertung bei der Beschreibung politischer Sprache, die nicht wenige Arbeiten kennzeichnet, vermieden wird.

2. Politische Kommunikation in demokratisch organisierten Gesellschaften als institutionelle Kommunikation

Als erstes stellt sich die Frage, durch welche Merkmale politische Kommunikation an sich gekennzeichnet ist und wie sie sich von anderen Kommunikationsereignissen unterscheidet.

Die Politik ist pragmatisch gesehen, eine *Domäne*, d.h., ein abgrenzbarer Lebensbereich, mit fest umrissenen Verhaltens- und Sprechformen. Die in diesem Kontext stattfindende Kommunikation ist meines Erachtens durch drei primäre Merkmale gekennzeichnet. Sie ist a) institutionelle, b) primär öffentliche und c) primär überregionale Kommunikation. Besonders prägend wirkt ihr institutioneller Charakter. Denn Institutionen entstehen durch *Formalisierung* (= es gibt kodifizierte Vorschriften), *Hierarchisierung* (= nicht jeder kann jede Position einnehmen) und *Partialisierung* (= jeder hat einen bestimmten, genau festgelegten Aufgabenbereich). Politiker agieren daher vor dem Hintergrund bestehender Gesetze und Vorschriften, haben einen bestimmten Platz in der Hierarchie staatlicher und parteipolitischer Organisationen und einen festgelegten Aufgabenbereich, der ihr Handeln gegenüber Mitspielern sowohl der eigenen, als auch der gegnerischen Gruppierung stark einschränkt. Daraus ergibt sich weiters, daß politische Kommunikation d) *unpersönlich* (= viele nehmen daran teil), durch einen e) *hohen Formalitäts- und Normiertheitsgrad* (= die fast ausschließliche Verwendung öffentlich gestatteter Ausdrucksformen), f) *geringe inhaltlich und formale Normtoleranz* (= Abweichungen werden sofort angemerkt und auch sanktioniert) und g) *Asymmetrie* (= es gibt Unter- und Übergeordnete, die verschieden zu behandeln sind) bestimmt ist. Diesen vereinheitlichenden Umständen ist entgegengesetzt, daß die politisch Handelnden in der Regel h) *inhaltlich über stark divergierende Norm- und Zielvorstellungen* in Hinblick auf die Handlungsziele und die zu ergreifenden Maßnahmen verfügen und auch auf diesen beharren. Das kann zugleich als das *erste Paradoxon* politischer Kommunikation angesehen werden. Es bewirkt erhebliche Spannungen, da die unterschiedlichen politischen Ziele und die Versuche, diese zu erreichen, stets nach neuen Formen der Kommunikation verlangen.

3. Politische Kommunikation als ritualisierter öffentlicher Normbruch

Politische Kommunikation ist also vor allem auch öffentliche Kommunikation und primär darauf ausgerichtet, möglichst viele Menschen in beeinflussender Absicht zu erreichen. Dabei unterscheidet sie sich in einigen Punkten ganz wesentlich von anderen öffentlichen Kommunikationsereignissen. Um dies nachweisen zu können und die jeweils typischen Merkmale herausarbeiten zu können, muß man zuerst öffentliche von nichtöffentlicher Kommunikation und anschließend politische von nicht-politischer Kommunikation abgrenzen.

Dabei hilft, wenn man die Regeln der therapeutischen Kommunikation als Ausgangspunkt nimmt. Sie ist die wohl stärkste Form nichtöffentlicher Kommunikation und darauf ausgerichtet, daß sich die Beteiligten gänzlich offenlegen. Therapeutische Kommunikationssituationen sind daher durch ein Minimum an Einschränkungen des Ausdrucks gekennzeichnet. Es ist also "kommunikativ alles möglich", was in der öffentlichen Kommunikation ganz und gar nicht der Fall ist. Die Regeln für öffentliche, *alltägliche* Kommunikation erhält man dann, wenn man die Regeln der therapeutischen Kommunikation umkehrt:

1. Nicht alles, was einem einfällt, kann sofort oder überhaupt gesagt werden.
2. Nicht alle Themen sind zugelassen, es muß auf Tabus Rücksicht genommen werden.
3. Ein bestimmtes Image muß gewahrt werden.
4. Es ist nicht möglich, soviel man will, über sich selbst zu sprechen.
5. Weinen, Lachen, Schreien usw. sind nicht oder nur in (ritualisierten) Ausnahmefällen in "zivilisierter" Form zugelassen.
6. Gewisse Höflichkeitsrituale sind einzuhalten.
7. Konflikte dürfen nicht offen ausgetragen werden, Aggressionen müssen unterdrückt oder in "zivilisierter Form" vorgebracht werden.

Davon unterscheiden sich die Regeln öffentlicher, *politischer* Kommunikation zumindest in Punkt 7), 4) und 2):

- ad 7) Konflikte müssen öffentlich ausgetragen werden, verbale Aggressionen sind Grundbestandteil dieser Kommunikation, im Normalfall aber in "zivilisierter Form" vorzubringen. (Gerade in diesem Punkt erregt Jörg Haider derzeit massiven Widerstand auf Seiten der anderen politischen Gruppierungen, da er gängige verbale Aggressionsnormen verschärft und bisherige Tabus bricht.)
- ad 4) Es ist nicht möglich, soviel man will, bloß über seine Person zu sprechen, man muß aber so viel wie möglich über die Partei sprechen und ihre Vorzüge hervorheben. Nimmt man eine Spitzenposition in der Hierarchie dieser Partei ein, ist das Lob auf die Partei und ihre Arbeit zugleich ein (öffentliches) *Eigenlob*. (= Permanente öffentliche *Selbstdarstellung*).
- ad 2) Nicht alle Themen sind zu jedem Zeitpunkt zugelassen, doch müssen stets *neue Themen gefunden werden*, die dem politischen Gegner in Schwierigkeiten bringen, um politisches Terrain zu gewinnen. Während also alltägliche Kommunikation vom Kooperationsprinzip bestimmt ist, ist öffentliche

politische Kommunikation besonders zwischen Regierung und Opposition in der Regel vom *Nicht-Kooperationsprinzip* bestimmt und dies um so mehr, je größer die Gegensätze zwischen diesen beiden Polen sind.

Schließlich steht Regel 6) noch in Frage, da die Höflichkeitsrituale zwischen Politikern anderer Natur sind, als zwischen sog. "normalen Menschen". Oft genug werden unter dem Schutz parlamentarischer Immunität Aussagen getätigt, die anderswo wohl Ehrenbeleidigungsklagen nach sich ziehen würden.

Weitere Unterschiede lassen sich noch finden, wenn man die Konversationsmaximen von Grice (1975) als Maßstab für politische Kommunikation heranzieht. So verstoßen Politiker oft gegen die Maxime der Relevanz, indem sie kritischen oder direkten Fragen ausweichend antworten und dies aufgrund ihrer Macht oft auch unsanktioniert tun können. Zugleich wird zwanghaft oft gegen die Maxime der Informativität verstoßen, da schwierige Probleme oder Mißerfolge möglichst nicht erwähnt werden, während die tatsächlichen oder vermeintlichen Leistungen hervorgehoben werden. Wie offen gegen die Maxime der Aufrichtigkeit verstoßen werden kann, zeigte sich z.B. am Fall Barschel in der BRD, und daß auch Schweigen als Lüge angesehen werden kann, der Fall Nilius im Rahmen der Barschel-Affäre.¹ All das läßt es durchaus gerechtfertigt erscheinen, politische Kommunikation als rituellen öffentlichen Normbruch anzusehen.

4. Macht, Marktwirtschaft und politischer Markt

Im Zentrum politischer Kommunikation steht somit der Begriff der *Macht*. Macht kann handlungstheoretisch definiert werden als a) Summe der Handlungsmöglichkeiten, als "tun-können" und b) als durch *Gewalt oder Zuspruch legitimierte, positive soziale Beziehung*, die im günstigsten Fall auch *akzeptiert* ist.

Fragt man sich, wie in der parlamentarischen Demokratie Macht erlangt wird und worauf es dabei ankommt, muß man zuerst die Rahmenbedingungen dieses Systems betrachten. Sie steuern den Erwerb und Erhalt politischer Macht ganz wesentlich und wirken in der politischen Kommunikation in Form von Maximen als unausgesprochene *Vorannahmen*. Von grundsätzlicher Bedeutung ist dabei, daß die Gesellschaften mit parlamentarisch-demokratischen Systemen industrialisiert sind und die Ökonomie marktwirtschaftlich organisiert ist. Beides zusammen schafft nicht nur ein reiches Warenangebot und die Möglichkeit der freien Wahl der Waren, sondern auch Unterschiede in Einkommen und Beruf. Dies hat die Aufspaltung in verschiedene soziale Gruppen, mit unterschiedlichen materiellen und sozialen Möglichkeiten und darauf basierend, unterschiedlichen Interessenslagen und Ideologien zur Folge. Über das Recht zur freien Meinungsäußerung und Bildung politischer Organisationen erfolgt der Ausdruck dieser Interessenslagen der verschiedenen sozialen Gruppen und über die Wahlen die Entsendung in das Repräsentativorgan. Der Wähler kann sich also in der Politik genauso verhalten, wie am ökonomischen Markt, indem er jener Partei/Gruppierung seinen Zuspruch gibt, die ihm am ehesten die Verwirklichung seiner Interessen verspricht.

¹ Vgl. dazu ausführlich Heringer (1990).

Die parlamentarische Demokratie ist damit im Kern die organisatorische Nachbildung des ökonomischen Marktes und darauf gerichtet, über Konkurrenz und freie Wahl zwischen mehreren Anbietern politischer Lösungen/Ideologien eine Entscheidung über brauchbare Lösungsvorschläge herbeizuführen. Einem ökonomischen Markt entspricht daher in den industrialisierten Gesellschaften ein politischer. Der eine ist ohne den anderen nicht möglich, wie das gerade zu Ende gegangene Experiment des Sowjetkommunismus gezeigt hat. Aus der Grundkonstellation des politischen Marktes ergeben sich für das Handeln der politischen Akteure folgende Grundbedingungen und Handlungsmaximen:

1. Es gibt mehrere sozial differente Gruppen, die sich in ihren Interessen unterscheiden und daher politisch organisieren sowie das verbriefte Recht dazu haben; (Maxime des Rechts zur politischen Differenzierung und Organisierung)
2. Sie vertreten verschiedene Ideologien; (Maxime der sozialen Selbstverwirklichung)
3. Die Gruppen und Ideologien sind prinzipiell gleichberechtigt; (Maxime der Gleichwertigkeit aller Bürger und Ideen)
4. Die Interessen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen werden durch politisch tätige Gruppen und Parteien repräsentiert, die über Wahlen Abgeordnete entsenden und die jeweiligen Bevölkerungsteile vertreten; (Maxime des politischen Stellvertreters)
5. Die Entsendung erfolgt durch Wählerentscheid. (Maxime der Legitimation politischer Vertretung)
6. Die Entsendung ist als Auftrag zur Vertretung der spezifischen Gruppeninteressen zu verstehen, um deren Wohlergehen sicherzustellen. (Maxime der Sicherung des spezifischen Wohlergehens)
7. Die ins Parlament Entsandten haben zugleich auch das Wohlergehen der anderen Bürger sicherzustellen. (Maxime des Gemeinwohls)

Weitere wichtige Vorannahmen sind:

8. Physische Gewalt zur Durchsetzung der ideologischen Vorstellungen ist ausgeschlossen; (Maxime der Gewaltlosigkeit)
9. Die Auseinandersetzungen um die Sicherstellung des jeweiligen Wohls und der dazu notwendige Interessensausgleich müssen primär in öffentlicher parlamentarischer Diskussion erfolgen, um die beste Lösung für die vorhandenen gesellschaftlichen Probleme zu finden. (Maxime des verbalen Machtspiels)
10. Die Verbalisierung der Probleme sowie über die jeweils ergriffenen und zu ergreifenden Maßnahmen, muß öffentlich sein und unter Beteiligung der Allgemeinheit erfolgen. (Maxime der öffentlichen Beteiligung)
11. In regelmäßigen Abständen ist der Politiker, der als Entsandter agieren soll(te), der Legitimation durch die Wähler ausgesetzt und unterzieht sich der Bestätigung seiner Arbeit. (Maxime der öffentlichen Leistungskontrolle)

In funktionierenden Demokratien, die auf dem System des allgemeinen Wahlrechts und auf Parteienpluralismus basieren, ist die sprachliche Kommunikation somit *das* politische Handlungsinstrument schlechthin und das einzige Mittel, um

soziale Spannungen friedlich auszugleichen. Mittels Sprache und Kommunikation wird gleichzeitig versucht, sowohl Sachinformationen zu vermitteln, als auch positive soziale Beziehungen zu stiften und aufrechtzuerhalten. Dies unterscheidet politische Kommunikation nicht von vornherein von Kommunikation in anderen Domänen. Allerdings wird die Vermittlung von Sachinformationen in der Politik immer ganz stark von der Wirkung auf die sozialen Beziehungen zwischen den Politikern und den Wählern bestimmt, da diese (positiv oder negativ besetzte) Beziehung über den *Erwerb oder Erhalt der politischen Machtpositionen* entscheidet. "Sachfragen" sind daher in der Politik immer primär *"beziehungsbestimmt"*, d.h. darauf ausgerichtet, *positive soziale Beziehungen zu schaffen*, indem man danach trachtet, Maßnahmen zu setzen, die einer Mehrheit vorteilhaft *erscheinen*. Da die Mehrheit politische Macht legitimiert, sind Maßnahmen notwendig, die eine Mehrheit tatsächlich zu positiver Zustimmung veranlassen, selbst wenn die Maßnahmen objektiv und in längerer Sicht gesehen sogar schädlich sein könn(t)en. Dies ist sicherlich ein weiteres kommunikatives Paradoxon demokratischer Gesellschaften. Denn um Maxime 11) (Wählerlegitimation) erfüllen zu können, muß der Abgeordnete bzw. Politiker nicht nur das jeweilige spezifische Gruppeninteresse (Maxime 6) berücksichtigen, sondern auch das Gemeinwohl (Maxime 7), was besonders für Regierungsparteien gilt. Der Politiker wird im öffentlichen Diskurs daher aus *Systemgründen* bestrebt sein müssen, die Maxime des Gemeinwohls (Pkt. 7) zu unterstellen, obwohl er eigentlich die Maxime des gruppenspezifischen Wohlergehens (Pkt. 6) in den Vordergrund stellen müßte. Die Folge davon ist eine gewisse kommunikative Schizophrenie bzw. kommunikative Mehrdeutigkeit, die vielfach beklagt wird und Politikern oft den Vorwurf einbringt, unehrlich zu sein bzw. die Politik mit den Mitteln der Waschmittelwerbung zu betreiben. Obwohl die persönlichen Anteile des jeweiligen Politikers an diesem Prozeß nicht unbeträchtlich sind, sind es aber auch Systemgründe, die es notwendig machen, eindeutigen Parteigängern gegenüber anders (= im Sinne der spezifischen Gruppeninteressen) handeln zu müssen, als der Allgemeinheit gegenüber. Denn um Einfluß zu haben, muß der Politiker bestehende soziale Beziehungen stabilisieren und neue hinzugewinnen. Dies wird dann der Fall sein, wenn glaubhaft gemacht werden kann, daß die von ihm vorgeschlagenen Lösungswege und Maßnahmen auch anderen Gruppeninteressen entsprechen bzw. Aussicht auf allgemeines Wohlergehen versprechen. Das bedeutet, daß ein politisch Handelnder dann erfolgreich ist, wenn eine große Anzahl von Menschen, die von ihm vorgeschlagenen *Werte teilt* oder er Werte vertritt, die von vielen *verlangt werden*.²

5. *Meine Werte sind Deine Werte und unsere Werte*

Sprechen und Sprache im politischen Kontext muß somit darauf abzielen, den Adressaten die *eigenen* Vorstellungen zur Erfüllung der spezifischen Interessen als

² Die Werte gehören verschiedenen Kategorien an. Die wichtigsten sind: a) Werte des körperlichen und geistigen Wohlgefühls, b) Werte des gesellschaftlichen Einflusses, c) Werte des gesellschaftlichen Ansehens, d) moralische Werte, e) Werte über die Beschaffenheit des jeweiligen Objekts der Bewertung und f) Mittel zur Erreichung der verschiedenen Werte.

gut und die der anderen politischen Konkurrenten als *schlecht(er)* darzustellen und dabei allgemeingütig zu sein.

Primäre Funktion von Sprache im politischen Kontext ist es daher, bewertend zu sein, um die Wähler davon zu überzeugen, daß ihre Werte durch die Abgabe der Stimme erfüllt und gesichert werden. Zwischen regierenden und oppositionellen Gruppen besteht demnach wiederum aus Systemgründen Komplementarität im sprachlichen Verhalten. Gemäß den zuvor skizzierten Maximen der (physischen) Gewaltlosigkeit, des verbalen Machtspiels und der öffentlichen Beteiligung muß die Regierungsseite ihre Maßnahmen möglichst positiv darstellen, während die Opposition vor allem deren Inadäquatheit herausarbeitet und die Maßnahmen durchaus auch abwertet. Daraus ergibt sich, daß die Sprachverwendung im System des politischen Marktes nicht wertfrei und normunabhängig sein kann, wie dies von der traditionellen politischen Sprachkritik oft verlangt wird, sondern per definitionem *wertgeladen* und *normorientiert* sein muß. Politisches Handeln und politische Sprache sind daher nicht der "Kampf um Worte", sondern der "*Kampf um die zutreffenderen Wertungen und Werte*". Dies steht in Spannung mit der Maxime, die ich die *Maxime der öffentlichen Aufrichtigkeit* (gemäß der Griceschen Maxime "Sei aufrichtig" nennen möchte. Denn jemand der permanent dazu verhalten ist, Wertungen abzugeben - Partei ist, kann die Sachverhalte nicht wirklich objektiv, im Sinne der Unparteilichkeit darstellen und damit im allgemeinen Sinn "aufrichtig" sein.³ Auch das kann als Paradoxon politischer Kommunikation angesehen werden.

Das könnte den Eindruck erwecken, daß politische Sprache von vorherein manipulierend ist. Dies ist aber nicht der Fall, da es in der Regel ja mehrere politische Mitspieler gibt und diese für Klarstellung sorgen. Die vielzitierte Manipulation durch politische Sprache und politisches Sprechen ist prinzipiell nicht wirklich ausgeschlossen. Zwar nimmt der Wähler Wertungen nicht an, wenn sie seinen Erfahrungen nicht entsprechen, allerdings sind viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens der unmittelbaren Erfahrung des einzelnen entzogen und oft von derartiger Komplexität, daß es oft nicht möglich ist, sich selbst davon zu überzeugen, ob die jeweilige Behauptung/ Wertung zutreffend ist. Da hilft auch der Öffentlichkeitscharakter politischer Kommunikation nicht, da widersprechende Behauptungen nicht dazu angetan sind, eine Lösung herbeizuführen, solange sich der einzelne nicht selbst ein Bild machen konnte. Meistens tritt der Effekt ein, daß sich der solcherart Verwirrte zurückzieht. Politische Kommunikation ist in den meisten Fällen daher vermittelte/indirekte Kommunikation, die über dazwischengeschobene Instanzen (Medien etc.) erfolgt, was zusätzliche Möglichkeiten schafft, den Bürger zu täuschen. Täuschungen sind um so eher möglich, a) je stärker die politische Vielfalt eingeschränkt, b) das Informationssystem staatlich oder über Oligopole⁴ monopolisiert ist und c) die Bewegungsfreiheit des einzelnen behindert wird.

³ Hier scheint einer der Gründe für das sog. "latente Unbehagen an der Politik" zu liegen, da viele Bürger der Meinungs sind, Politiker würden ohnehin die Dinge zurechtbiegen, wie sie es brauchen.

⁴ Zu den Monopolisierungen gehören auch Phänomene wie die Konzentration der Printmedien innerhalb eines politischen Lagers oder in der Hand weniger, wie dies derzeit

Wenn es nicht möglich ist, daß sich der einzelne selbst über verschiedene Quellen eine Meinung bilden kann, sind aber der Sprach- und Bewußtseinslenkung sowie der Möglichkeit, Fakten zu verschweigen, keine Grenzen gesetzt.

Zu fragen ist nun, wie (Be-)Wertungen zustande kommen und ausgedrückt werden. Dazu ist ein Rückgriff auf die Sprechakttheorie und ein Blick auf einige Sprechaktkategorien notwendig.

Von den vier grundsätzlichen Sprechaktkategorien, die sich unterscheiden lassen, - Beschreibungen, Bewertungen, Aufforderungen und soziale Akte, sind zwei davon, nämlich Beschreibungen und Bewertungen von besonderem Interesse. Wesentlich ist, daß (zumindest) im Deutschen kein struktureller Unterschied zwischen Beschreibungen und Bewertungen besteht und es lediglich auf den Betrachtungsstandpunkt ankommt, ob eine Äußerung als Beschreibung oder als Bewertung anzusehen ist. Das läßt sich leicht an einem Satz wie den folgenden zeigen: "Die von der Regierung getroffenen steuerlichen Maßnahmen haben ihren Zweck voll und ganz erfüllt." Hier wird *konstatiert*, daß "getroffene steuerliche Maßnahmen" "ihren Zweck voll und ganz erfüllt" haben, d.h., es wird ausgedrückt, daß ein (implizit als positiv angesehenes) Ziel erreicht wurde. Von der Warte der Regierung gesehen, ist dieser Satz *beschreibend*, aus der Warte politischer Gegner oder Betroffener könnte dieser als unzutreffende (positive) *Wertung* angesehen werden, da sie mit den Zielen vielleicht nicht einverstanden sind oder Nachteile erlitten haben. Daraus lassen sich bezüglich der in der Politik so wichtigen Werte folgende Merkmale ableiten:

- a) Bewertungen beziehen sich immer auf Normen und Maßstäbe.
- b) Sie klassifizieren Sachverhalte nach dem Grad der Entsprechung in bezug auf diese Normen und Maßstäbe.
- c) Eine Bewertung hat außerdem immer mit der Person des Sprechers/Hörers zu tun.
- d) Der Sprecher/Hörer drückt damit seine Beziehung zu einem Sachverhalt aus.⁵ Dabei erfolgt ein Rückgriff auf Normen und Maßstäbe, die ihrerseits auf Basiswerte zurückgehen.
- e) Wertungen sind somit Einstufungen eines Sachverhalts hinsichtlich der Entsprechung auf die vertretenen oder als gültig angenommenen Werte.
- f) Wertungen sind weiters polar (gut-schlecht).
- g) in (fast allen Fällen) gruppenspezifisch,
- h) bieten eine Richtlinie und Orientierung für das Handeln an und
- i) vereinfachen komplexe Zusammenhänge, die erst dann einer rationalen Diskussion zugänglich werden, wenn sich die Kommunikationspartner auf gemeinsame Basisnormen geeinigt haben. Daraus ergibt sich, daß es zwischen (echten) Ideologen kaum Einigung geben kann, da sie sich vermutlich nicht auf Basisnormen

z.B. in Österreich der Fall ist, das die höchste Pressekonzentration Europas hat, wo z.B. über den Zusammenschluß von "Kurier" und "Kronzeitung" in Ostösterreich bis zu 80% der Leser erreicht werden. Das schafft eine Situation, daß sich keine Regierung etwas gegen diese Zeitungen zu unternehmen getraut und die Regierenden oft genug glauben, "dieses Volkes Stimme" berücksichtigen zu müssen.

⁵ Vgl. dazu auch Klein (1978).

einigen können und Bewertungen das Um und Auf politischen Handelns sind, da nur sie Orientierung vermitteln. Werte dienen also dazu, Subjektivität und Spezifik auszudrücken und sind damit die Essenz politischen Handelns in pluralistisch-repräsentativen Gesellschaftssystemen (und nicht nur dort).

6. Rituelle Vermittlung von Werten und Bewertungen in der politischen Kommunikation.

Schließlich ist zu fragen, *wie* Werte und Bewertungen in der Politik vermittelt werden. Dazu gibt es eine große Anzahl sprachlicher Mittel, die hier aus Platzgründen nicht näher besprochen werden können. Ich möchte mich jedoch kurz mit einigen der kommunikativen Strategien beschäftigen, die stereotyp zur Vermittlung von Werten benutzt werden.

Vorweg ist zu sagen, daß dabei die Komplexität moderner industrieller Gesellschaften erschwerend wirkt, d.h., daß eine vielfach differenzierte Gesellschaft keine einfachen, eindimensionalen politischen Handlungen zuläßt. Diese Uneinheitlichkeit wird aber durch die Rahmenbedingungen des politischen Systems weitgehend ausgeglichen, da dieses relativ stereotype Kommunikations-Situationen schafft, die die politische Auseinandersetzung *ritualisiert* ablaufen lassen und es den Politikern erlauben, mit dem politischen Gegnerpartner⁶ in recht einfacher Weise zurechtzukommen. Politische Kommunikation im System parlamentarischer Demokratien ist daher durch eine Reihe von *kommunikativen (Basis-)Ritualen* gekennzeichnet. Zum Begriff des "Rituals" ist hinzuzufügen, daß darunter eine stark formalisierte, im Erscheinungsbild relativ invariante Form von Verhalten verstanden wird, dessen Auftreten in bestimmten Kontexten erwartet und wegen seiner Form als Ritual verstanden wird.

Die Eckpfeiler des Systems - Wahlen und die Existenz von Regierung und Opposition - sowie der Zwang zur Vermittlung von Werten und Orientierung, stellen die wichtigsten Quellen für Basisrituale dar.

6.1. Das Wahlritual

Es ist fundamental wichtig und läßt eigentlich nur Sieger oder Verlierer zu. Das vor den Wahlen stattfindende Ritual des Wahlkampfes ist durch massive Selbstdarstellung vor allem der jeweiligen Spitzenkandidaten gekennzeichnet. Es werden Wahlziele genannt, sog. Wahlprogramme propagiert und Wahlversprechen gemacht, deren Einhaltung ein massives Problem darstellt. Genau genommen handelt es sich bei den Wahlversprechen meistens um "Ankündigungen" (Typ: Wenn wir an der Regierung sind, werden wir ...), die leichter gebrochen werden können, da ihr Verbindlichkeitsgrad nicht so groß ist. Man kann diesen Teil der Wahl-Situation als das "Selbstdarstellungsritual" und das "Versprechensritual" bezeichnen. Zur Situation gehört auch das "WermitWern-Koalieren-Ritual", d.h. die Frage nach möglichen Bündnispartnern nach der Wahl. Unbedingter Bestandteil der

⁶ Diesen Begriff finde ich sehr gelungen. Er stammt von Heringer (1990).

Wahl ist das Kommentieren der Ergebnisse und ihre Interpretation vor dem Hintergrund der Wahlziele. Hier tritt das sog. "Es-gibt-eigentlich-keine-Verlierer-Ritual" auf. Es besteht darin, daß "für den Sieger die Gründe für den Sieg ganz klar sind" und "für den Verlierer die Gründe noch unklar". Weiters wird Zuflucht bei statistischen Vergleichen mit günstigen Wahlergebnissen oder bei Schuldzuweisungen an Dritte ("Dritte-Mann-Ritual") gesucht.

6.2. Das Abgrenzungs-Ritual

Ein wesentliches Grundritual ist, daß ständig gesagt werden muß, *wer* man als Partei und Politiker ist und *was* einem von den anderen unterscheidet. Dies dient zur Aufrechterhaltung der Gruppenidentität und zur sozialen Orientierung. Hier gibt es eine Reihe von Unterritualen, wie z.B. rituelle *Eigendefinitionen* ("Die FPÖ ist ein ernstzunehmender Faktor der österreichischen Innenpolitik, deren Weg zur Mittelpartei unaufhaltsam scheint." (Haider)) oder rituelle *Fremddefinitionen* ("Für mich sind sowohl die SPÖ, als auch die FPÖ politische Gegner," etc. (Graff, ÖVP)). Wichtig ist auch das "Ein-Demokrat-weiß, was ein Demokrat tun/denken-sollte-Ritual". ("Daß es so viele Nichtwähler gegeben hat, ist etwas, was einen Demokraten nachdenklich machen sollte." (Gugerbauer, FPÖ)).

6.3. Der rituelle Kampf um die "Fakten"

Hinsichtlich der konkreten politischen Maßnahmen, die jeweils gesetzt werden, kommt es zum rituellen Kampf um die "Fakten", d.h., es wird darüber gestritten, wovon überhaupt die Rede sein kann, ob die angeführten Tatsachen als solche anzusehen sind und ob sie zutreffend sind. Es geht also vor allem um die Klärung von "wahr" und "falsch" bzw. um den Gesprächsgegenstand. Man kann diese Vorgänge als das "Deine-Fakten-sind-nicht-meine-Fakten-Ritual" bezeichnen. Dazu einige Beispiele: "Schaun Sie, meine Herren, ich glaub, man muß einmal schauen, was passiert tatsächlich. Der Heilige Vater hat ..." (Mock, ÖVP); "Das ist nicht wahr! Das ist unehrlich, bitte. Sie haben bei der letzten Nationalratswahl über sechs Prozent gehabt. ..." (Keller, SPÖ); "Diese sogenannten Studentenstreiks und sogenannten, wie Sie's sagen, fortdauernden Demonstrationen sind für mich ..." (Blenk, ÖVP) etc.

6.4. Das Legitimations-Ritual

Es ist die Fortsetzung des "Fakten-Rituals" und besteht darin, die jeweiligen eigenen politischen Handlungen als "gut", "angemessen", "vorteilhaft" etc. darzustellen und jene der politischen Gegner als "schlecht", "unsozial", "unangemessen" etc.. Da es nicht genügt, dies bloß zu behaupten, wird versucht, die Richtigkeit durch die Unterstützung von dritter Seite zu belegen. Dabei kommen verschiedene Verfahren zum Zug, die jedoch durch die politischen Rahmenbedingungen ebenfalls ziemlich eingeschränkt und ritualisiert sind.

Dazu gehören das "Alle-wollen-es-so-Ritual/Alle-Welt-ist-dafür-Ritual", d.h. die Berufung auf den Willen der Mehrheit. ("Dieses Budget ist der erste Schritt zur Sanierung dieses Staates. Dieses Budget ist das, was sich die Österreicher von der

Politik erwarten." (König, ÖVP)). Komplementär dazu steht das "Du-bist-mit-Deiner-Meinung-allein-Ritual", d.h., daß nicht der Umstand zählt, ob das Argument richtig oder falsch ist, sondern, ob es von anderen unterstützt wird. ("Es gibt so viele Professoren an der Uni, einige haben mich angerufen und gesagt, sie sind mit dem, was sie machen, im Namen der Universität ..., schon lange nicht mehr einverstanden, daß sie sich weitgehend von Ihren Aussagen distanzieren". (Ambrosi, SPÖ)). Weitere Rituale sind: Das "Im-Ausland-ist-alles-schlechter/ besser-Ritual" (Arbeitslosigkeit ist um die Hälfte niedriger), das vor allem dann bemüht wird, wenn bestimmte Umstände besonders günstig oder ungünstig für die Betroffenen ausfallen. Zur Abwehr von Kritik wird oft auch das "Früher-haben-sie-so-oder-so-gesagt/gehandelt-Ritual", das "Die-Geschichte-beweist-es-Ritual" und das "Im-Vergleich-zu-xy-Ritual". Bei diesen Strategien handelt es sich jeweils um Verweise auf schon stattgefundene Ereignisse oder Handlungen, die die eigene Position gut darstellen und die gegnerische als schlecht, wobei es oft zum Vergleich von an sich nicht Vergleichbarem kommt. Daneben gibt es noch eine Reihe spezifischer "Unterrituale", deren Darstellung hier jedoch unterbleiben muß.

7. Zusammenfassung

Die vorliegende Arbeit versuchte, einige globale Kommunikationsprozesse im Rahmen des Systems der parlamentarischen Demokratie europäischen Zuschnitts zu beschreiben und einige ihrer Merkmale herauszuarbeiten. Sie versuchte u.a. zu zeigen, daß eine Reihe als unangenehm empfundener Erscheinungen der Politik durchaus systembedingt ist. Darüber hinaus war es das Ziel, die Wichtigkeit von Wertungen in der Politik herauszuarbeiten und klarzumachen, daß diese notwendig sind, damit überhaupt Politik betrieben werden kann. Manipulation ist so gesehen nicht eine Gefahr die primär durch mißbräuchliche Verwendung von Sprache entsteht, sondern vielmehr durch einen Mangel an alternativen Informationsquellen. Zugleich besteht die Gefahr, daß die Politik noch weiter auf das Niveau simpler Werbebotschaften absinkt, nur dann, wenn sich die Bürger nicht aktiv und selbsttätig am politischen Prozeß beteiligen und sich als *passive Konsumenten* der offiziellen Politik gebärden, da dann die vielzitierten "Gegenstimmen" fehlen, die jeder (politische) Marktstratege berücksichtigen muß, um seine Absichten entsprechend durchsetzen zu können.

LITERATUR

Bergsdorf, W. (Hg.)

1979, *Wörter als Waffen. Sprache als Mittel der Politik*, Stuttgart

Dieckmann, W.

1981, *Politische Sprache. Politische Kommunikation. Vorträge, Aufsätze, Entwürfe*, Heidelberg

Heringer, H.J. (Hg.)

1982, *Holzfeuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik*, Tübingen

1990, *Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort. Politik, Sprache, Moral*, München

Hannappel, H./Melenk, H.

1981, Pragmatik der Wertbegriffe. In: W. Frier (Hg.): *Pragmatik. Theorie und Praxis*, Amsterdam, pp.209-237

Hare, R.M.

1983, *Die Sprache der Moral*, Frankfurt

Klein, U.

1978, Unterricht über Werturteile, in: *DU 1/78*, pp.45-54

Sandig, B.

1979, Ausdrucksmöglichkeiten des Bewertens. Ein Beschreibungsversuch im Zusammenhang eines fiktionalen Textes, in: *DS 2/79*, pp.138-159

Zillig, W.

1982, *Bewerten. Sprechakttypen der bewertenden Rede*, Tübingen